Urs Sekinger / Yvonne Zimmermann

Widerstände verbinden – die grosse Herausforderung

Meist tauchen Volksaufstände in den hiesigen Massenmedien kurz auf, um ebenso schnell wieder von der Bildfläche zu verschwinden. Doch eigentlich leben wir in einem Jahrzehnt der Widerstände. Der Global Protest Tracker hat allein in den zwölf Monaten bis Ende Mai 2026 weltweit 127 grosse Anti-Regierungsproteste gezählt. In mehr als 70 Ländern gab es in diesem Zeitraum bedeutende Proteste und in 29 Ländern dauerten die Proteste an.

Vor allem im Globalen Süden kam es zu grossen Protestbewegungen, obwohl auch die breiten Mobilisierungen in Serbien ab 2024 erwähnt werden können, die im Juni 2026 dazu führten, dass Präsident Vučić seinen Rücktritt ankündigte. 2022 kam es in Sri Lanka zu massiven Volksaufständen, 2024 in Bangladesch und in Kenia, 2025 in Indonesien, Nepal, den Philippinen und Madagaskar, und seit dem Frühjahr 2026 bewegt die Kakerlaken-Bewegung in Indien Millionen von jungen Menschen.[1] In all diesen Ländern mobilisierten junge Menschen via Social Media und gingen auf die Strasse, um konkrete Probleme – katastrophale wirtschaftliche Verhältnisse, Arbeitslosigkeit, Korruption, Vetternwirtschaft, Bereicherung der Eliten – anzuprangern und Veränderung einzufordern. Die Medien bezeichneten dies als GenZ-Proteste.[2] Nachfolgend gehen wir auf einige Protestbewegungen näher ein und fragen uns, weshalb sie ausbrachen, was sie verändert haben und was nötig ist, damit sie zu einer transformierenden Kraft werden. Ebenfalls werfen wir einen Blick auf den Widerstand in Argentinien und fragen uns, was wir aus Kämpfen im Globalen Süden lernen können. Wie Kämpfe zu verknüpfen wären, damit ein globaler Widerstand entsteht, begleitet uns als grundlegende Frage.

Blick auf einige Volksaufstände der letzten Jahre

Sri Lanka

Die desaströse Wirtschaftslage, die sich ab 2019 abzeichnete, durch die Einbrüche in der Textil-, Tee- und Tourismusindustrie als Folge der Covid-Pandemie verschärft wurde und im Staatsbankrott kulminierte, löste im Frühling 2022 breite Proteste gegen die korrupte politische Elite aus. Die Protest-

bewegung zwang zuerst Premierminister Mahinda Rajapaksa und danach Präsident Gotabaya Rajapaksa zum Rücktritt, der jedoch den ebenfalls neoliberalen Ranil Wickremesinghe zu seinem Nachfolger bestimmte. Unter der wachsenden Repression erstickten die Proteste zunächst. Anstelle eines Schuldenerlasses erhielt Sri Lanka vom Internationalen Währungsfonds (IWF) neue Kredite. Private Gläubiger hielten den Druck aufrecht und verlangten von Sri Lanka die vollständige Rückzahlung der Schulden mitsamt Zinsen. Weiter forderte der IWF eine Erhöhung der Steuern und die Privatisierung staatlicher Betriebe. Der Bevölkerung wurde eine weitere Verschlechterung der Lebensbedingungen aufgezwungen, etwa dadurch, dass die für die Pension angesparten Gelder für Schuldendienste eingesetzt werden sollten. Das führte zu Streiks und Mobilisierungen. Die breite Volksbewegung ermöglichte schliesslich bei den Wahlen 2024 einen grundlegenden Regierungswechsel: Der linke Präsidentschaftskandidat Anura Kumara Dissanayake erzielte einen Erdrutschsieg, und seine Partei errang eine Zweidrittelmehrheit im Parlament. Dies zeigt, wie die Kraft der Strasse in den Wahlen umgesetzt werden konnte. Während die neue Regierung konsequent gegen Korruption vorgeht, sind grundlegende politische und wirtschaftliche Änderungen aber ausgeblieben, eine Schuldenstreichung oder Neuverhandlungen mit dem IWF sind kein Thema.

Bangladesch

Der Einbruch der Textilexporte während der Covid-Pandemie verschärfte die wirtschaftliche Lage auch in Bangladesch. Dann explodierte die Stimmung 2024: Junge erwerbslose Menschen forderten einen offenen Zugang zu staatlichen Stellen. Premierministerin Sheikh Hasina aber, die das Land während sechzehn Jahren immer autoritärer regierte, hielt daran fest, Staatsstellen an Nachkommen der Befreiungskämpfer von 1971 – alles Gefolgsleute ihrer Partei – zu verteilen. Millionen Protestierender zwangen daraufhin Hasina, nach Indien zu fliehen. Allerdings bezahlte die Protestbewegung einen hohen Preis: Schätzungsweise 1400 Menschen wurden von staatlichen Sicherheitskräften getötet.

Die Interimsregierung unter Muhamed Yunus sah sich mit den Forderungen der Bewegung konfrontiert: rasche Neuwahlen, Amtszeitbeschränkung und unabhängige Justiz, Rechenschaft für die Korruption der Eliten und aussergerichtliche Tötungen, bessere wirtschaftliche Möglichkeiten für die junge Bevölkerung. Achtzehn Monate später brachten Wahlen Mitte Februar 2026 die rechte Bangladesh Nationalist Party (BNP) unter Tarique Rahman an die Macht. Ob dies zu einem politischen Neuanfang führen wird,

ist mehr als fraglich. Rahman ist der Sohn der früheren Premierministerin Khaleda Zia, der ewigen Rivalin von Hasina, und erst kurz vor den Wahlen nach siebzehn Jahren aus London, wo er gelebt hatte, nach Bangladesch zurückgekehrt. Damit ist wohl eher ein Teil des alten Polit-Establishments zurück an der Macht.

Nepal

Auch in Nepal forderte eine breite Volksbewegung 2024 das Ende von Korruption und Vetternwirtschaft sowie mehr demokratische Partizipation. Kleinere Zugeständnisse der Regierung beruhigten die Lage vorerst, bis im September 2025 mehrheitlich junge Menschen ihre Wut und Frustration auf die Strasse trugen. Zuvor hatte die Regierung unter fadenscheinigem Vorwand 26 Internet-Plattformen gesperrt. Das hiess für die Betroffenen nicht nur, von sozialen Kontakten abgeschnitten zu sein, viel schlimmer waren die wirtschaftlichen Folgen: Ohne Internet gab es keine Geldüberweisungen aus dem Ausland – diese entsprechen rund einem Drittel des nepalesischen Bruttoinlandprodukts – und diejenigen, die im informellen Sektor arbeiten, also rund 82 Prozent aller Beschäftigten, sahen sich ihres wichtigsten Arbeitsinstruments beraubt, dem Handy.[3]

Das harte Vorgehen der Polizei gegen die Demonstrierenden mit über fünfzig Toten führte dazu, dass es danach verschiedentlich zu gewaltsamen Auseinandersetzungen kam. Der Rücktritt der Regierung und die Einsetzung einer Übergangsregierung beruhigten die Situation, ohne dass wesentliche Ursachen der Proteste beseitigt worden wären. Ob dies der Antikorruptionspartei, die bei den Wahlen im März 2026 die absolute Mehrheit im Parlament gewann, gelingen wird, muss sich zeigen.

Kenia

Im Juni 2024 begann der Volksaufstand, ausgelöst durch die Zustimmung des Parlaments zu einem Finanzgesetz, das Grundnahrungsmittel wie Brot, Hygieneartikel und digitale Dienstleistungen wesentlich verteuert hätte, nachdem schon im Jahr zuvor eine Steuer auf Hausbesitz die wirtschaftliche Lage vieler Menschen verschlechtert hatte. Diese Wirtschaftspolitik steht im Kontext von Strukturanpassungsmassnahmen, wie sie Kenia seit 1990 vom IWF auferlegt worden sind. Entgegen seinen Versprechungen bei Amtsantritt hat auch Präsident William Ruto die Verschuldungspolitik seiner Vorgänger übernommen, so dass Kenia 2024 mit 3,5 Milliarden Dollar beim IWF verschuldet war und mehr Geld für den Schuldendienst aufwenden musste als für das gesamte restliche Nationalbudget.

Schnell organisierte sich der Widerstand über die sozialen Medien und brachte Tausende auf die Strasse. Sie forderten einen Rückzug des Finanzgesetzes. Die Polizei ging mit extremer Härte gegen die Demonstrierenden vor und tötete über sechzig Menschen, Hunderte wurden verhaftet und misshandelt. Präsident Ruto lenkte angesichts der massiven Mobilisierung ein und unterschrieb das Gesetz nicht.

Die eingekehrte Ruhe war von kurzer Dauer, denn ein Jahr später reagierten die Sicherheitskräfte erneut mit massiver Repression auf die Demonstrationen zur einjährigen Erinnerung an den Aufstand von 2024 und töteten erneut sechzehn Menschen.[4] Dies und übelste Beschimpfungen der Protestierenden aus Regierungskreisen führten dazu, dass sich der Protest jetzt grundsätzlich gegen die Regierung und die herrschende Politik wandte. Was als Aufstand gegen ein geplantes Finanzgesetz begonnen hatte, wurde zu einem Aufruf nach mehr Demokratie wie Achtung der Menschenrechte und der Verfassung. Ebenfalls müssten Verantwortliche für die Polizeigewalt zur Verantwortung gezogen werden.[5] Die weitere Entwicklung bleibt ungewiss. 2027 wird in Kenia gewählt. Ob sich die politische Macht bis dahin gefestigt hat oder ob die Proteste die Wahlen nachhaltig beeinflussen werden, wird sich zeigen.

Indonesien

In Indonesien kam es in den letzten Jahren immer wieder zu grossen Protesten, etwa 2020 gegen das sogenannte Omnibusgesetz, mit welchem die Regierung ausländische Investitionen auf Kosten von Arbeitsrechten begünstigen wollte. 2025 gingen erneut grosse Teile der Bevölkerung auf die Strasse, weil sich die Parlamentsabgeordneten eine Wohnzulage im Umfang von zehn Mindestlöhnen gewähren wollten, während immer grössere Teile der Bevölkerung mit ihren Einkommen nicht mehr über die Runde kamen.

Aufgrund der Proteste wurde die Wohnzulage zurückgezogen, auch ein Gesetz, das es Militärs erlaubt hätte, staatliche Stellen anzunehmen. Allerdings waren auch diese Proteste von massiver Gewalt durch staatliche Repressionsorgane, von aussergerichtlichen Tötungen und Tausenden Verhaftungen betroffen.[6]

Philippinen

Im September 2025 gingen Hunderttausende auf die Strasse, um gegen die massive Korruption zu protestieren. Zuvor war bekannt geworden, dass gigantische Summen nicht wie vorgegeben für den Bau von Schutzanlagen gegen Hochwasser verwendet worden waren, sondern in privaten Taschen

landeten. Die Wut richtete sich gegen diese Korruption von Politiker:innen, während die Bevölkerung den immer verheerender tobenden Taifunen schutzlos ausgesetzt ist und die Folgen der Klimaerwärmung mit ihrer Existenz bezahlt. Unter den Protestierenden waren viele Menschen aus Armenvierteln, denen klar wurde, dass sie betrogen wurden. Dies waren die grössten und breitesten Proteste seit vielen Jahren. Allerdings wurden in Manila über 200 Protestierende, einige davon minderjährig, verhaftet und gefoltert.

Madagaskar

Die Proteste in Madagaskar dauerten rund einen Monat. Sie hatten sich an den ständigen Elektrizitäts- und Wasserunterbrüchen entzündet, richteten sich aber bald gegen das Regime von Langzeitherrscher Andry Rajoelina. Die Protestierenden forderten seinen Rücktritt, ein Ende der Korruption und bessere Arbeits- und Lebensbedingungen. Unter dem Druck der Proteste floh der Präsident mit französischer Hilfe aus dem Land. Im Kielwasser der Protestbewegung übernahm eine Abteilung der Armee die Macht. Oberst Michael Randrianirina erklärte sich zum Übergangspräsidenten und versprach allgemeine Wahlen innerhalb von ein bis zwei Jahren.[7] Beobachter:innen zweifeln, ob es dazu kommen wird.

Durch Aufstände entstehende Solidarität

Die angesprochenen Beispiele haben Gemeinsamkeiten: Es waren spontane Aufstände mehrheitlich junger Menschen, von denen viele zuvor nicht politisch organisiert waren. Die Mobilisierung geschah vor allem über Social Media.

Während die Medien weltweit den Begriff »GenZ-Proteste« für die Aufstände benutzten, muss diesem Begriff mit Vorsicht begegnet werden. Zwar stimmt, dass die Protestierenden jung sind und digitale Werkzeuge ihre Koordination und die schnelle Ausbreitung der Mobilisierungen erleichterten. Jedoch gerät durch diese Bezeichnung der Inhalt der Proteste leicht aus dem Fokus: Statt einer strukturellen Krise steht die Demographie im Fokus – jüngere versus ältere Generation –, wodurch die Aufstände entpolitisiert werden. Dabei sind gerade junge Menschen besonders von den Krisen betroffen, und nicht selten werden gesellschaftliche Umwälzungen von der Jugend angestossen.[8] Jedoch muss festgehalten werden, dass die Protestierenden die Zuschreibung zum Teil selbst als taktisches Mittel übernehmen, als ironische Übernahme einer Kategorisierung von aussen.

Ausgelöst durch konkrete Probleme (steigende Lebenskosten, Kor-

ruption, Vetternwirtschaft, fehlende Jobs) führten die Proteste vielerorts dazu, dass das bestehende System grundsätzlich infrage gestellt wurde (Beschäftigungsperspektiven, Regierungswechsel, Wirtschaftspolitik, politische Partizipation). Dabei blieben die Forderungen aber auf den nationalen Rahmen beschränkt. In allen Fällen reagierten die Machthaber:innen mit zum Teil brutaler Gewalt. Die Repression schränkte den Handlungsspielraum der Proteste ein oder zwang sie gar zum Aufgeben. Nichtsdestotrotz verzeichneten mehrere Proteste zumindest Teilerfolge (Sturz der Regierungen in Sri Lanka, Bangladesch, Nepal, Madagaskar).

Während die Resultate der Aufstände sehr unterschiedlich waren, ist zentral, dass durch die Proteste das politische Bewusstsein und die Solidarität unter verschiedenen Bevölkerungskreisen wuchs. Junge Menschen eroberten politische Räume und setzten soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit auf die nationale Agenda. Was als Reaktion auf bestimmte Themen oder Ereignisse begann (rapid steigende Lebenskosten, Korruption, Günstlingswirtschaft etc.), wurde bald zu einer Kritik an einem System, das nicht in der Lage ist, jungen Menschen eine Zukunft zu bieten.[9] Dabei handelt es sich um Klassenkampf, der jedoch nicht von bestehenden Organisationen wie beispielsweise den Gewerkschaften oder existierenden Sozialbewegungen angeführt wurde. Die Protagonist:innen waren vielmehr junge, zuvor nicht politisch organisierte Menschen, die die Folgen einer Wirtschaftskrise und von Korruption direkt spüren, weil sie sich unmittelbar auf ihre Realität und Perspektiven auswirken, auf ihre Chancen, ein (sicheres) Einkommen zu generieren, bezahlbaren Wohnraum zu finden, eine Familie zu gründen und Ernährung und Bildung für die Kinder sicherzustellen, Zugang zu Gesundheitsversorgung zu haben und ihr Leben zu gestalten, ohne in eine Schuldenspirale zu schlittern. Damit wurden Ausbeutung, Diskriminierung und Ausschluss auf verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen thematisiert.

Viele Protestierende drückten ihre Wut in »moralischen Kategorien« aus wie Korruption, Würde oder Verrat, machten aber gleichzeitig deutlich, dass die nationalen Eliten nicht länger als verlängerter Arm des globalen Systems handeln könnten. Hier entstand ein Bewusstsein, dass die Ungerechtigkeiten des täglichen Lebens mit der Architektur des globalen Kapitalismus verknüpft sind. So hielt ein Protestierender in Nairobi fest: »Wir werden von den Banken regiert, nicht vom Parlament.«[10]

Es stellt sich deshalb nicht die Frage, ob Klassenkampf existiert, sondern was nötig ist, damit diese Aufstände zu einer Kraft werden, die über den Moment der Proteste andauert und zu grundlegenden Veränderungen

der bestehenden Macht- und Wirtschaftsverhältnisse national und global führt.

In vielen der erwähnten Fälle, auch da, wo es gelang, eine korrupte Regierung zu stürzen und wo es wie in Sri Lanka gar zu einem progressiven Regierungswechsel kam, sieht es derzeit nicht nach tiefgreifenden Veränderungen aus, die die Machtbeziehungen grundlegend und andauernd umgestalten und die Wirtschaft so umbauen würden, dass sie zu mehr Gerechtigkeit führt.

Hier liegt die Schwäche der erwähnten Aufstände. Ihre Stärke ist, dass sie, wie schon 2011 im Arabischen Frühling etwa in Tunesien oder Ägypten, durch die Nutzung sozialer Medien bestehende Probleme und Ungerechtigkeiten anprangern und gleichzeitig rasch mobilisieren können. Während sie sehr klar aussprechen, wogegen sie sich richten – korrupte, undemokratische Regierungsweisen etc. –, fehlt weitgehend eine gemeinsame Vision, beispielsweise was für eine Demokratie, was für eine Wirtschaft und Gesellschaft aufgebaut werden soll.

Alternativen von unten aufbauen

Seit Beginn des neuen Jahrtausends sind aus Protestbewegungen verschiedene Antworten auf diese Fragen gekommen. Die einen versuchten, innerhalb des bestehenden Systems neue Räume zu schaffen, indem sie insbesondere rechtsbasierte, progressive Politik vorantrieben, welche den Bevölkerungen und der Umwelt zugutekommt. So ging es unter anderem um die Anerkennung der Rechte der indigenen Völker, der Bäuer:innen und Landbevölkerung, aber auch um die Rechte der Natur, inklusive Flüsse, Berge, Tiere und Pflanzen.[11] Thematisch eng gefasst und an westliche formale Rechtsprechung geknüpft, ist dieser Ansatz begrenzt. Jedoch zeigt sich bei Kämpfen indigener und lokaler Gemeinschaften mit kultureller und spiritueller Verbindung zur Natur grösseres Potenzial, insbesondere im Globalen Süden. Trotzdem finden solche Veränderungen mehrheitlich im Rahmen der nationalstaatlichen, liberalen Demokratien und neoliberalen Wirtschaft statt. Umso wichtiger sind daher basisorientierte, kollektiv geführte Alternativen, die den menschlichen Bedürfnissen und Sehnsüchten gerecht werden, die Natur schützen und die nicht nur die Macht des Staates und der Konzerne in Frage stellen, sondern auch eine radikal andere Politik und Wirtschaft hervorbringen.

Als Beispiele, in denen die Aufständischen ihren Kampf mit einer Vision verbanden, können die Zapatist:innen oder der Kampf der Kurd:innen

erwähnt werden. Erinnern wir uns: Die Zapatist:innen begannen ihren Aufstand am 1. Januar 1994, dem Tag, an dem das Nordamerikanische Freihandelsabkommen NAFTA in Kraft trat und die neoliberale Wirtschafts- und Handelspolitik für Mexiko, Kanada und die USA festschrieb. Der Aufstand der Zapatist:innen war eine Kampfansage an das kapitalistische System, verbunden mit dem Aufbau von Autonomie, ›guter Regierung‹ und Geschlechtergerechtigkeit in indigenen Gemeinschaften im Bundesstaat Chiapas. Die Kurd:innen setzen sich ebenfalls für autonome Gebiete ein, kämpfen für eine Gesellschaft bestimmt durch Gleichstellung, partizipative Demokratie, soziale Wirtschaft und Ökologie; ein antikapitalistisches Gesellschaftsprojekt. Aktuell stehen diese beiden emanzipatorischen Projekte unter enormem Druck und werden in die Defensive gedrängt. Doch sie bieten eine Vision und damit eine Orientierungshilfe in einer düsteren Zeit, die hilft, die Richtung nicht zu verlieren.

Die Rolle des Globalen Nordens

Bei näherer Analyse der tieferen Hintergründe der zu Beginn erwähnten Protestbewegungen stossen wir auf die Banken, den IWF, die globale Finanzwelt und damit auf Verschuldung, Privatisierungen und weit verbreitete Korruption, aber auch auf die Ausbreitung der extraktiven Industrie (Plantagen, Bergbau etc.). Der UN-Generalsekretär António Guterres hat in seinem Bericht über Verschuldung und Entwicklung festgestellt, dass 2024 die Gesamtverschuldung der Entwicklungsländer 9,3 Billionen US-Dollar betrug, eine Steigerung um 3,1 Prozent gegenüber 2023.[12] Gleichzeitig hat sich weltweit die ungerechte Verteilung des Reichtums weiter verschärft, und immer mehr Menschen leiden unter Hunger.[13]

Agrarindustrie, Rohstoffabbau, aber auch Veränderungen durch die Klimakatastrophe haben Millionen Menschen im Globalen Süden gezwungen, vom Land in die Städte abzuwandern oder im Ausland ein Einkommen zu suchen. In den Städten und in der Migration finden sich die Menschen in prekären Bedingungen wieder, in unsicherer, informeller Arbeit, mit Massenarbeitslosigkeit, konfrontiert mit fehlendem bezahlbarem Wohnraum. Fehlende Antworten des Staats auf die wachsende Armut, aber auch auf die Klimakatastrophe, deren Auswirkungen gerade die untersten Bevölkerungsschichten am deutlichsten spüren, und die Zurschaustellung des Reichtums und die Gier der politischen und wirtschaftlichen Eliten waren der Tropfen, der das Fass vielerorts zum Überlaufen brachte. Die kollektive Wut fand ihren Ausdruck in den Massenprotesten.

Die Politik, die zu den Protesten geführt hat, betrifft auch uns im Globalen Norden – gerade in der Schweiz mit ihrem Finanzplatz und Sitz zahlreicher Rohstoffkonzerne – und konfrontiert uns mit der Frage, wie wir uns mit den widerständigen Menschen im Globalen Süden verbinden können. Es gibt keine einfache Antwort darauf, aber wir müssen uns die Frage immer wieder stellen und nach Wegen suchen, den Widerstand in der Schweiz und generell im Globalen Norden mit demjenigen im Globalen Süden zu verweben, zu stärken und eine weltweite Transformation anzustossen.

Auch wenn grundlegende Veränderungen durch die erwähnten Proteste noch ausgeblieben sind, dürfen die Aufstände nicht unterschätzt werden: Ihre Häufigkeit wird zunehmen, solange die Ursachen fortbestehen. Die Herausforderung besteht darin, Kämpfe zu verbinden, eine gemeinsame, globale Kraft zu entwickeln und tiefgreifende Transformationen zu erreichen. Die Frage, die sich Widerstandsbewegungen stellen müssen, ist deshalb, wie die Vielfalt der globalen Kämpfe durch weltweite Vernetzung und Zusammenarbeit eine grössere Kraft entfalten kann. Auch wenn sich Widerstand aktuell hauptsächlich auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene artikuliert, sind diese Verbindungen wichtig, damit sich längerfristig eine globale Widerstandsbewegung herausbilden kann.

Kontinuität des Widerstands in Argentinien

Werfen wir einen Blick auf Argentinien als Beispiel dafür, wie Widerstand über Jahrzehnte fortdauert und sich erneuert, trotz brutaler Militärdiktatur, Diktaten der globalen Finanzmächte und deren Strukturanpassungsmassnahmen und trotz Repression durch die aktuelle rechtsradikale, ultraneoliberale Regierung. Die Kontinuität der Kämpfe verkörpert niemand so deutlich wie die Madres de la Plaza de Mayo, die seit 1977 gegen die mörderische Militärdiktatur und deren grausamen Auswirkungen mit Zehntausenden von Toten und Verschwundenen kämpfen. Sie fordern hartnäckig Aufklärung über das Schicksal ihrer verschwundenen Kinder und all der weiteren Opfer, sie setzen sich für eine menschliche Gesellschaft ein. Bis heute haben sie sich immer wieder mit neuen, jüngeren Widerstandsbewegungen verbunden, etwa in der Wirtschaftskrise 2001, welche unzählige Menschen in die Armut stürzte, aber auch Widerstand weckte und zu vielen autonomen politischen und wirtschaftlichen Initiativen führte. Und auch heute, im Widerstand gegen die rechtsextreme Regierung unter Präsident Javier Milei, sind die Madres de la Plaza de Mayo präsent und bleiben eine wichtige Referenz auch für jüngere Generationen.

Eine argentinische Aktivistin fasste den aktuellen Widerstand so zusammen: »[Es sind] Hunderte – vielleicht sogar Tausende – kleiner Aktionen und Aktivitäten, die das Leben und Denken der Menschen beeinflussen und zu Vorbildern werden, denen wir nacheifern können. Sie gründen auf dem Streben nach Überleben und Würde. Aber auch auf der Wiedergewinnung der Utopie, des Lebens selbst. Diese Formen des Widerstands sind voller Lebenskraft. Lebenskraft als Synonym für Existenz. Sie stellen sich dem Projekt des Todes entgegen, das heute weltweit so präsent und dominant ist. Von Mileis unsozialer und repressiver Politik bis hin zu den kriegerisch-militaristischen Bestrebungen, die die Menschheit in die Gefahr der Selbstzerstörung führen.«[14]

Verknüpfen und solidarisch handeln

Zusammen mit dieser Aktivistin plädieren wir dafür, zu den zahllosen Widerständen zu blicken, die weltweit tagtäglich stattfinden, und den Alternativen, die (oft im Kleinen) aufgebaut werden. Etwa zur Landlosenbewegung MST oder zur Bewegung der Wohnungslosen MTST in Brasilien, die beide seit Jahrzehnten mit Besetzungen und Organisierung die Umsetzung der Landreform und des Rechts auf Wohnraum einfordern; oder zu den Teepflücker:innen in Sri Lanka, die mit gewerkschaftlicher Basisorganisierung und mit einem Arbeiter:innentribunal dafür kämpfen, bessere Arbeits- und Lebensbedingungen durchzusetzen; zu kleinbäuerlichen Gemeinschaften in Kolumbien, die Territorien des Widerstands gegen Agrarindustrie und Extraktivismus, gegen Vertreibung und Zerstörung schaffen und eine solidarische, agrarökologische Wirtschaft aufbauen; zu queeren Gruppen in Argentinien, die gemeinsam gegen die verachtende Politik Mileis ankämpfen; zu ländlichen Frauen in Westafrika, die ihr Land gegen Landgrabbing durch Agrarkonzerne und gegen sexualisierte Gewalt verteidigen. Die Beispiele sind zahlreich und wichtig, weil sie zeigen, dass Widerstand lebt – trotz aller Widrigkeiten.

Ebenfalls ist es wichtig, existierende Netzwerke zu stärken: Erwähnt sei der globale Kampf der Bäuer:innen- und Landarbeiter:innenbewegung La Via Campesina, die für die Rechte der Kleinbäuer:innen und für Ernährungssouveränität eintritt und sich gegen die Agrarindustrie, Patentierungen von Saatgut, gegen Bergbau und Vertreibungen wehrt.[15] Aber auch die Klimagerechtigkeitsbewegung, die einen ›System Change‹ einfordert, ebenso wie die feministischen Bewegungen gehören zu den inspirierenden, weltweit vernetzten Bewegungen. Obwohl sie aktuell von einem reaktionä-

ren bis faschistischen Backlash attackiert werden, lohnt es sich hinzuschauen, gerade auch auf die Kämpfe im Globalen Süden, wo die betroffenen Menschen nicht aufgeben, sondern sich solidarisieren mit anderen, die von den zerstörerischen Folgen einer kapitalistischen und imperialistischen Politik betroffen sind.

Diese Bewegungen und Netzwerke sind Vorbilder, wie die argentinische Aktivistin sagt. An ihnen können wir uns orientieren, uns mit ihnen solidarisieren, verbinden und stärken und Energie für weitere Kämpfe tanken. Und vor allem: nicht aufgeben trotz schwieriger Zeiten, wie es uns die Basisbewegungen im Globalen Süden täglich vormachen.

Anmerkungen

1 www.worldpoliticsreview.com/india-cockroach-party-youth-unemployment (Abfrage am 28.06.2026)

2 Zur GenZ-Generation werden Menschen gezählt, die um die Jahrtausendwende geboren wurden und die mit Internet und Social Media aufgewachsen sind.

3 www.rosalux.de/en/news/id/53841/nepals-gen-z-protests-struck-a-nerve (Abfrage am 01.06.2026)

4 pambazuka.org/GenZ-Protests (Abfrage am 31.05.2026)

5 www.journalofdemocracy.org/online-exclusive/why-kenyas-gen-z-has-taken-to-the-streets (Abfrage am 31.05.2026)

6 www.rosalux.de/en/news/id/53849/indonesias-revolt-against-oligarchy (Abfrage am 01.06.2026)

7 pambazuka.org/Madagascar (Abfrage am 01.06.2026).

8 zabalaza4socialism.org.za/2025/10/20/dont-call-it-a-gen-z-revolution (Abfrage am 02.06.2026)

9 focusweb.org/against-the-tides-uprisings-and-protests-in-troubled-waters (Abfrage am 02.06.2026)

10 zabalaza4socialism.org.za/2025/10/20/dont-call-it-a-gen-z-revolution (Abfrage am 02.06.2026)

11 Hierzu wurden über 500 juristische Instrumente in über 40 Ländern erlassen. radicalecologicaldemocracy.org/a-quarter-century-into-the-millennium (Abfrage am 02.06. 2026)

12 External debt sustainability and development. Note by the UN-General Secretary, New York 2025 (online verfügbar, Abfrage am 28.07.2027)

13 Resisting the rule of rich, protecting freedom from billionaire power, Oxfam International, Oxford, Januar 2026, www.oxfam.org/en/research/resisting-rule-rich (Abfrage am 28.07.2026)

14 Ferrari, Sergio, 2026: ›Resistencias cargadas de vida‹, Entrevista con Cecilia Merchan, www.elmercuriodigital.net/2026/03/resistencias-cargadas-de-vida.html (Abfrage am 28.07.2026)

15 viacampesina.org/en/international-peasants-voice (Abfrage am 06.06.2026)